

Aleksandra Sowa

Zwischen Zivilcourage und Denunziation

Whistleblowing und das Netz

»Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun«, riet Google-Chef Eric Schmidt, als er nach dem Datenschutz bei Google gefragt wurde. Der gut gemeinte Rat galt lange als eine Warnung an die privaten Internetnutzer, die ahnungslos ihre Daten und digitalen Spuren im Netz hinterlassen. Doch seitdem die rasante Entwicklung digitaler Medien begleitet von der elektronischen Immaterialität der privaten, ökonomischen und politischen Umwelt dem Begriff »Transparenz« eine neue, unglaubliche Karriere ermöglichte, sind es nicht nur Individualnutzer, sondern vor allem Regierungen, deren Geheimdienste und die sie mit Daten beliefernden Unternehmen, die diesen Rat hätten ernst nehmen sollen. Auch das Unternehmen und die gleichnamige Suchmaschine Google befinden sich darunter.

»Nachdem Freiheit, Frieden, Sicherheit, Wohlstand gewonnen scheinen«, konstatiert Manfred Schneider in seinem Buch *Transparenztraum*, »schreiben wir Transparenz in die neue Charta der Grundrechte.« Es ist nicht weniger als die Transparenz, die als »heroisches Programm« über den Veröffentlichungen von WikiLeaks steht. Die Enthüllungen zum Irak-Krieg von Bradley Manning waren, so Olaf Stieglitz in seinem Werk *Undercover* über die Geschichte der Denunziation in den USA, von »einem Willen nach Aufklärung und Transparenz, von Gerechtigkeitssinn« motiviert. Die Förderung von Transparenz – oder der »allgemeinen Lesbarkeit« – die heute vom Staat, von den Geheimdiensten, den Banken, von der Diplomatie etc. erwartet wird, ist kein Phänomen moderner Zeiten. »Stets muss die Macht verfolgt, be-

wacht und beim Namen genannt werden«, so Schneider. Das Internet bietet dafür lediglich neue technische Mittel.

Die Gestaltung von Demokratie und der Erhalt der Freiheit sind laut Roman Maria Koidl auch in der digitalen Welt nur einer Tatsache geschuldet: Alle müssen mitmachen. »Heute ist von Bürgerwehr nichts zu spüren«, beklagt Koidl in *WebAttack*. Einerseits deshalb, weil die Politik teilweise tatenlos zusieht und die gewählten Volksvertreter »keinen Schimmer haben, was da gerade vor sich geht«. Andererseits, weil sogar den Internetnutzern die Verteidigung bürgerlicher Freiheiten offenbar entbehrlich erscheine, solange sie nur bei Facebook das Bild ihres Mittagessens posten können.

Der »alte öffentliche Raum«, womit Schneider neben Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen auch Parlamente und Gerichte einbezieht, »wo gestritten, entschieden, politische Anklagen verhandelt und wo wahre und vermeintliche Übel der Regierung und Gesellschaft aufgedeckt werden«, verkommt immer mehr zu einem Nebenschauplatz. Das Internet sei für den »denunziatorischen Modus im 21. Jahrhundert mitbestimmend«, so Stieglitz, als Plattform oder Trägermedium. Durch seine Reichweite, Geschwindigkeit, »undurchsichtig-exotische Hackerszene« und eigene Sprache qualifiziert sich das Medium Internet als Ersatz für die kommunikativen Funktionen »alter« Medien.

Doch das Kontroverse am Erfolg der bisher bekanntesten digitalen Enthüllungsplattform WikiLeaks ist, dass er nicht nur eine Folge des Internets, seiner technischen Möglichkeiten, seiner Schnelligkeit und Reichweite gewesen ist. Hinzu kam die Zivilcourage respektive der zivile Un-

gehorsam eines einzelnen Mannes: Bradley Manning, der brisante Informationen der Plattform WikiLeaks übergab (dies soll er gegenüber Adrian Lamo, dem Mann, der ihn später beim FBI denunziert hatte, eröffnet haben) und die er für legitimiert hielt, um sie publik zu machen. Der zweite Aspekt des Erfolgs von WikiLeaks war die gezielte Kooperation mit »alten« Medien wie stern, DER SPIEGEL oder the guardian, mit einer traditionellen Öffentlichkeit also, wie Daniel Domscheit-Berg in *Inside WikiLeaks* darstellt. Als im Jahr 2000 der Film *Collateral Murder*, der ebenfalls der »Quelle Manning« zugeschrieben wird, WikiLeaks praktisch über Nacht weltberühmt machte, wurde Domscheit-Berg klar, dass er es mit WikiLeaks gegen die ganze Welt aufnehmen könnte. Hinter der Enthüllungsplattform vermutete man damals eine Armee an freiwilligen Mitarbeitern und – zeitweise – sogar eine internationale Geheimdienstorganisation. Dabei waren es nur zwei Menschen – Daniel Domscheit-Berg und der mediale Star und »Über-spion« Julian Assange – die WikiLeaks ausmachten.

Das Beispiel WikiLeaks zeigt nicht nur, wie sehr die traditionelle »politische Arena« aus ihrer Rolle des »Transparent-machers« der Macht und ihrer Vertreter verdrängt wurde. Die Plattform ist laut Stieglitz gleichwohl ein Nachweis dafür, dass »die Macht des Denunziatorischen mehr denn je in vielen Händen verteilt ist«. Dabei fehlt den unkontrolliert operierenden Medienverbänden staatlicher und privater Ordnungsmächte, »die Ihre Daten auf kaum durchschaubare Weise generieren«, die demokratische Legitimation. »Während auf der einen Seite mutige und sendungsbewusste Aufklärer private Plattformen wie WikiLeaks betreiben, ermuntern auf der anderen Seite Industrieunternehmen ihre Mitarbeiter zum betriebsinternen Verpfeifen«. Stieglitz spricht sogar von einem Trend Whistleblowing aktiv in die Geschäftspolitik integrieren zu

wollen, von Etablierung beziehungsweise »Förderung einer Kultur der Anzeige gerade in der Geschäftswelt«. Es sollte gedruckte Ratgeber für das Management der Unternehmen geben, in welchen aufgeklärt würde, »wie Insiderberichte sowohl zur Kontrolle der eigenen Belegschaft als auch als Form guter Publicity dienen können«, so Stieglitz.

Es wurde sogar schon darüber diskutiert, ob sich die Einrichtung solcher Denunziationssysteme bei den für Compliance-Verstöße verantwortlichen Managern strafmindernd auswirken könnte. Aus der dunklen Zone der Anonymität heraus, so Schneider, bildet sich ein »neues Schattenreich, um kriminelle Geheimnisse aufzuklären«.

Die Grenze zwischen Denunziation und zivilem Ungehorsam löst sich allmählich auf. Ob man Männer wie Bradley Manning oder Edward Snowden für Whistleblower oder Landesverräter hält, ist laut Stieglitz eine »politische Entscheidung«. Mit dem Begriff »Whistleblowing« geht die »Vorstellung der Enthüllung von illegalen, unmoralischen oder korrupten Vorkommnissen in Regierungsbehörden oder Wirtschaftsunternehmen« einher. Während man in einem Whistleblower stets einen Helden sehen möchte, verdient der Denunziant nur noch Verachtung. Der Whistleblower wurde aber nicht erst in der Ära von WikiLeaks geboren, sondern bereits in den 70ern aus dem Sportbereich »geliehen«, wo sich der Begriff ursprünglich auf die Tätigkeit des unparteiischen Schiedsrichters bezog.

»Die Tatsache, dass der Whistleblower Edward Snowden in beispielloser Form von den USA verfolgt wird, lässt auf seinen Zügen ein deutliches Heldenimage glänzen«, schreibt Schneider. Umso mehr, so Koidl, ist ziviler Ungehorsam eines Mannes anerkennenswert, der ein großes persönliches Risiko eingeht, indem der ahnungslosen Weltöffentlichkeit »ein Zusammenspiel aus Internetkonzernen und Geheim-

diensten offenbart« wird. Die brisanten Informationen übergab Snowden jedoch – anders als Manning – nicht an WikiLeaks, sondern direkt an die Tageszeitung the guardian. Die Auswertung des Materials, die der ehemalige Mitarbeiter des US-amerikanischen Geheimdienstes den Journalisten übergab, brachte nicht nur erschütternde Erkenntnisse über die Totalkontrolle der Internetkommunikation durch die USA und Geheimdienste anderer Länder zutage, sondern auch die Datensammelwut der Internetkonzerne, die Daten ihrer Nutzer an die Geheimdienste herausgeben.

»Die Überwachungsmöglichkeiten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR sind gegenüber den heutigen Möglichkeiten privater Internetkonzerne und staatlicher Geheimdienste ungefähr vergleichbar mit einem Wettrennen zwischen kasachischen Mulsis und amerikanischen Atomraketen«,

Diktatur 2.0 pointiert Roman Koidl und zeigt, welche Gefahren den Bürgern aus der Verwertung ihrer – bewusst oder unbewusst – im Netz hinterlassenen digitalen Spuren entstehen können. Diktatur 2.0 nennt er das System, bei welchem der Nutzer weder die Kontrolle über seine Daten noch über die Verwendung dieser als Prognoseinstrument hat. Diktatur 2.0 bedeute, »mittels cleverer Algorithmen [...] zu klassifizieren, Verhalten vorherzusagen und unter Einsatz von Modellen zur Spieltheorie sogar zu steuern«. Plastisch wird es am folgenden Beispiel, wie schnell eine Person nur mittels weniger Eigenschaften durch das Big Data Reservoir eindeutig identifiziert werden kann, indem Systeme zur Strukturierung der Datenmengen eingesetzt werden. Angenommen, ein persönliches Charakteristikum ist nur bei 1 % der Bevölkerung vertreten. In einer Stadt wie Berlin mit 3,3 Mio. Einwohnern sind es immerhin 33.000 Personen, auf die das Charakteristikum zutrifft. Eine zweite Eigenschaft,

verknüpft mit der ersten, reduziert diese Zahl auf 330 Berliner. Hinzufügen eines dritten Kriteriums lässt den Delinquenten eindeutig identifizierbar werden: Dann sind es nur noch drei Personen, auf die das »Suchkriterium« passt.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass sich diese Entwicklung durch das Abschalten von Facebook, Twitter oder durch das Internetentsagen insgesamt vermeiden lässt. Auch hier ist das Netz nur der Beschleuniger der Datensammlung und -auswertung gewesen. Ähnlich zielgenaue Resultate lassen sich beispielsweise durch die Verbindung von Patientendaten auf der Gesundheitskarte und der Einkäufe aus der Bonus- oder EC-Karte erzeugen: »Schon wird aus wenig Bewegung und schlechtem Schlaf in Kombination mit dem Einkauf von Chips und Zigaretten ein Risikoprofil.« Ein Schelm, wer dabei nicht gleich an höhere Kassenbeiträge denken würde, spottet Koidl.

So werden dank Big Data immer mehr Entscheidungen darüber, ob man eine Versicherung bekommt, kreditwürdig ist oder in ein bestimmtes Land einreisen darf, von einem »System« getroffen. Leider, so Koidl, fehlt diesem System die demokratische Legitimation. Über dessen Existenz wurde weder abgestimmt noch war es das Ergebnis eines demokratischer Prozesses. Nach einer Zustimmung zu einem (vermeintlich) technischen System, das in Wirklichkeit die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger sowie die demokratische Grundordnung zu beschneiden scheint und von nur wenigen Konzernen und Personen beherrscht wird, die Einblick in und Einfluss auf privateste Daten von Milliarden von Menschen haben, wurde bis dato in keinem Referendum gefragt.

Die Existenz des Systems zur Kontrolle und Auswertung privater Daten ist ein Faktum. Der Mensch ist in der digitalen Welt »nicht durchsichtig geworden, sondern sichtbar«, so Schneider. Die Unternehmen und Institutionen, die die Massen-

daten sammeln, beherrschen aber auch noch nicht alle Regeln des Spiels. »Ihre Daten sind bei uns sicher«, lassen die Banken, Verwaltungen, hippe Start-Ups und alteingesessene Firmen verlauten. Solange bis einige ihrer Mitarbeiter mit einem Stapel CDs oder zwei Laptops unter dem Arm die Firma verlassen und hochsensible Kundendaten mitnehmen. Oder sie diese durch eine Datenpanne, Diebstahl von Außenstehenden oder gezielten Verkauf verlieren und sie auf diesem Weg öffentlich werden. Häufig braucht man dazu nicht mal Hacker oder böswillige Geheimdienste. Es reicht schon »die Macht der Geschwätzigkeit«, so Koidl.

Lässt sich die Diktatur 2.0 überhaupt noch abwenden? Auch bei dieser Frage eilen die Internetkonzerne zu Hilfe. »Das einzige Mittel gegen eine digitale Diktatur ist eine Stärkung des Rechtsstaats und die Stärkung der Zivilgesellschaft gegenüber möglichem Missbrauch«, zitiert an dieser

Stelle Roman Koidl den Google-Chef Eric Schmidt. Der erfahrene Netzaktivist Daniel Domscheit-Berg appelliert dagegen einfach an mehr Menschen in unserer Gesellschaft, die dazu fähig seien, gute Entscheidungen zu treffen, die keine Angst haben, kritische Fragen zu stellen, aus Furcht davor, enttäuscht zu werden. Menschen, die schlechte Informationen von guten unterscheiden können. Menschen eben, nicht Algorithmen.

Daniel Domscheit-Berg: Inside Wiki-Leaks: Meine Zeit bei der gefährlichsten Website der Welt. Ullstein Taschenbuch, Berlin 2013, 304 S., 9,99 €. – Roman Maria Koidl: WebAttack: Der Staat als Stalker. Goldmann, München 2013, 144 S., 8,99 €. – Manfred Schneider: Transparenztraum. Matthes und Seitz, Berlin, 2013, 342 S., 19,90 €. – Olaf Stieglitz: Undercover: Die Kultur der Denunziation in den USA. Campus, Frankfurt/M. 2013, 395 S., 34,90 €.



Aleksandra Sowa

leitete zusammen mit dem deutschen Kryptologen Hans Dobbertin das Horst-Görtz-Institut für Sicherheit in der Informationstechnik. Sie ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen und in einem großen Telekommunikationskonzern tätig.

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Endlich wieder Apokalypse

Wer weiß schon, welche Sau in der üblichen Meutenhatz durchs deutsche Medientorf getrieben wird, wenn diese Zeilen unter die Leserschaft gelangt sind. Der so vorbildlich reuige Sünder Hoeneß sitzt in Landsberg ein und ist vermutlich schon halb vergessen. Vom Knabengucker Edathy, vorverurteilt auf Lebenszeit, Existenz vernichtet, vermutlich nichts Neues. Und Rusenherrscher Putin? Vielleicht gibt er Ruhe. Und die Abhörorgie? Vom Präsidenten

Obama vorsichtig in die Schranken gewiesen (wohlgemerkt: was die Ausspäh- und Abhorch-Gewohnheiten in Amerika angeht, nicht notwendig auch in Europa, China oder sonst wo in der Welt) – marschieren die Regimenter der Moralanwälte noch immer protestierend bis Redaktionsschluss oder bis zu den Abendnachrichten vor der US-Botschaft und den Konsulaten auf, womöglich auch den britischen? Tut es noch immer gut, es den puritanisch-heu-